

Noch im Februar hatte niemand auf Joe Biden gesetzt. Die eigene Partei betrachtete seine Kandidatur mit Skepsis, es kamen fast keine Wahlkampfspenden herein, der Amtsinhaber schien fast unbesiegbar. Am Ende stand ein Triumph: Anfang November gewann er die Wahl. Das Jahr war 1972, und Biden wurde sieben Wochen nach seinem 30. Geburtstag – dem von der Verfassung vorgeschriebenen Mindestalter für diesen Posten – als jüngstes Mitglied des Senats und sechstjüngster Senator aller Zeiten vereidigt.

36 Jahre saß Biden für den Bundesstaat Delaware im Senat, nur 15 Mitglieder dienten seit 1789 länger als er; weitere acht war er Vizepräsident. Am Dienstag steht er abermals zur Wahl, diesmal für das höchste Amt im Staat und – als ältester Präsidentschaftsbewerber in der 232-jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten. In dem halben Jahrhundert, das seit seiner erstmaligen Wahl in den Senat vergangen ist, haben sich die Nation und die Demokratische Partei dramatisch gewandelt – und Biden mit ihnen.

Als er Anfang der 1970er Jahre seinen politischen Marathon antrat, hatten die Vereinigten Staaten 203 Millionen Einwohner. 87 Prozent davon waren Weiße, elf Prozent Schwarze. Der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung hatte mit 4,8 Prozent ein historisches Tief erreicht. 2020 leben 331 Millionen Menschen im Land, die Weißen machen noch 60 Prozent der Bevölkerung aus, die Schwarzen zwölf, die Latinos 19, die Asien-Amerikaner sechs. In Hawaii, New Mexico, Kalifornien, Texas, Nevada und Maryland stellen die Minoritäten bereits mehr als die Hälfte der Einwohner; auch die Hälfte der unter 16-Jährigen ist heute nicht weiß. Fast 14 Prozent der Bevölkerung und damit fast dreimal so viel wie 1970 sind Migranten.

In den vergangenen 50 Jahren gab es noch weitere Umwälzungen. Der Anteil der Amerikaner mit Highschool-Abschluss stieg von 52 Prozent auf 90 Prozent. Hatten 1970 nur 14 Prozent der Männer ein College-Diplom, sind es heute 33 Prozent. Bei Frauen erhöhte sich die Quote von acht auf 35 Prozent noch markanter. Arbeiteten damals lediglich 43 Prozent der Frauen über 16 Jahre, sind es 2020, trotz Corona-Pandemie, 56 Prozent. Und waren vor 50 Jahren noch 23 Prozent aller Erwerbstätigen in der Produktion tätig, sind es jetzt nurmehr acht. 1970 hießen die drei wertvollsten börsennotierten amerikanischen Unternehmen IBM, AT&T und General Motors. Jetzt sind es Apple, Microsoft und Amazon. Keine einzige der zehn damals höchstbewerteten Firmen schafft es 2020 noch auf die Liste.

In seinen fünf Dekaden in der Politik erlebte Biden mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation der Nation auch die seiner Partei. Zu Beginn seiner Laufbahn wurde sie noch getragen von Wählergruppen, die Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren zusammenschweißte hatte: Arbeiter, Landwirte, Intellektuelle, Minderheiten, vor allem irisch- und italienischstämmige Katholiken und Schwarze, weiße Südstaatler. Diese „New Deal“-Koalition war erstaunlich stabil und bescherte den Demokraten den Sieg bei sieben der folgenden neun Präsidentschaftswahlen. Im Kongress ermöglichte die Wählerschaft es ihnen sogar, zwischen 1933 und 1981 bis auf vier Jahre beide Kammern zu kontrollieren.

Die Koalition zerbrach im Zuge der Bürgerrechtsgesetze zur Emanzipation der Schwarzen, des Vietnam-Kriegs und der Rassenunruhen nach dem Mord an Martin Luther King. Insbesondere konservative Südstaatler – der Demokratischen Partei seit dem Bürgerkrieg eisenverbunden – und weiße evangelikale Christen wechselten ins republikanische Lager. Parallel wurden die Demokraten multietnischer, weiblicher, säkularer und großstädtischer. Die Parteien sortierten sich anhand weltanschaulicher Kriterien neu. Heute sind sie stärker polarisiert als jemals zuvor.

1972 gehörte Joe Biden zu den jungen Wilden seiner Partei. In seiner ersten Kandidatur für den Senat forderte er den 63 Jahre alten Amtsinhaber Cale Boggs heraus, einen republikanischen Politveten, der zweimal zum Gouverneur und Senator gewählt worden war. Biden versprach einen Generationenwechsel, forderte eine progressive Bürgerrechts- und Umweltpolitik, einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und vor allem: den Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam – nicht aus moralischen, sondern aus realpolitischen Gründen; er selbst war wegen seines Jurastudiums mehrmals vom Militärdienst zurückgestellt und später wegen einer Asthma-Diagnose ausgemustert worden.

Biden bildete damit die Vorhut der legendären „Klasse von '74“, die das Vietnam-Fiasko, Richard Nixons Watergate-Affäre und die erste Ölkrise in den Kongress spülte. Diese politischen Novizen waren fast ausnahmslos Demokraten, jung, männlich, weiß, links, ehrgeizig, leidenschaftlich und ungeduldig. Sie durchlöchernten das Senioritätsprinzip, das die einflussreichen Ausschussvorsitze bisher den am längsten dienenden Vertretern der Mehrheitspartei garantierte, meist konservativen Demokraten aus dem Süden. Die egalitäre Machtverteilung begünstigte dynamische Jungstars, die dem in der Nachkriegszeit fugsamen Parlament neues Leben einhauchten. Biden war als Senator dort angelangt, „where the action was“.

Hatte sich der Kongress in den langen Jahren des Zweiten Weltkriegs und der sowjetischen Bedrohung außenpolitisch

Der Marathon-Mann

Vor fast fünfzig Jahren wurde Joe Biden zum ersten Mal in den Senat gewählt. Seither hat er mehrfach vergebens versucht, in das höchste Staatsamt der Vereinigten Staaten zu gelangen. Würde der Demokrat am Dienstag die Präsidentschaft gewinnen, geböte er über ein Land und eine Partei, die sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv verändert haben – und er sich mit ihnen.

Von Professor Dr. Stephan Bierling



Herbstlicht: Joe Biden vor dem Abflug in Atlanta am 27. Oktober 2020.

Foto Erin Schaff/NYT/Laif

dem Präsidenten untergeordnet, erkämpfte er sich jetzt seine Kompetenzen zurück. Mit der „War Powers Resolution“, 1973 verabschiedet von Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern über Nixons Veto hinweg, wollte er die Kriegsvollmachten der Exekutive eindämmen und damit den Kern der imperialen Präsidentschaft beseitigen. Biden unterstützte diese Initiativen, hielt zugleich aber an einer aktiven internationalen Rolle der Vereinigten Staaten fest. Überhaupt blieb die Außenpolitik neben dem Kampf für die Bürgerrechte seine Passion: 30 Jahre saß er im Auswärtigen Ausschuss, von 1997 an sogar als Führer der Minderheitsfraktion oder Vorsitzender.

Dabei sprach er sich mal für, mal gegen Militärinterventionen aus. 1990, nach der Invasion Saddam Husseins in Kuwait, lehnte er eine von Washington geführte UN-Aktion zur Befreiung des Landes mit der Frage ab: „Welche vitalen Interessen der Vereinigten Staaten rechtfertigen es, Amerikaner im Sand Saudi-Arabiens in den Tod zu schicken?“ Als Vizepräsident bedrängte er Barack Obama 2009 erfolglos, den Wunsch des Pentagons nach einer massiven Truppenaufstockung in Afghanistan zurückzuweisen. Den Sondergesandten Richard Holbrooke, der sich für ein fortgesetztes militärisches Engagement im Land aussprach, blaffte Biden an: „Ich schicke meinen Sohn nicht dort hin zurück, um sein Leben für Frauenrechte zu riskieren!“ Er war gegen die riskante Geheimoperation, die zur Tötung Usama bin Ladins in Pakistan führte, und riet dem Präsidenten, keine Vergeltung anzudrohen, falls der syrische Diktator Bashar al Assad Chemiewaffen gegen die Aufständischen einsetzte.

Aber neben der nicht interventionistischen hat Biden auch eine aggressive Seite. Nach einer Balkan-Reise 1993 warf er Präsident Bill Clinton vor, das Abschlagen der eingekesselten Muslime in Bosnien zu ignorieren. 2002 unterstützte er als einer von 77 der 100 Senatoren eine Resolution, die George W. Bush einen Blankoscheck für den Einmarsch im Irak ausstellte. Als Präsidentschaftskandidat forderte er 2008 mehr Truppen und Geld für den Krieg in Afghanistan, den er nach wie vor für gewinnbar hielt.

Dieses Wirrwarr bei Militärraktionen knöpfte sich Robert Gates vor, von 2006 bis 2011 Verteidigungsminister unter George W. Bush und Obama. Nach seinem Rückzug aus der Regierung warf er Biden vor, dieser habe bei „fast allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und der nationalen Sicherheit in den letzten vier Jahrzehnten“ falschgelegt. Tatsächlich bedauerte Biden sein Abstimmungsverhalten über beide Irak-Kriege. Allerdings wählte Obama ihn gerade deshalb zum Vizepräsidenten, weil er in Interventionsfra-

gen weder Falke noch Taube war und durch seine lange Erfahrung im Auswärtigen Ausschuss die Argumente des Pentagon in Frage stellen konnte. „Joe, ich möchte, dass Sie genau das sagen, was Sie denken“, ließ er ihn zu Beginn ihrer Zusammenarbeit wissen. „Ich will, dass jedes Argument auf jeder Seite hart angepackt wird.“ Während der acht Jahre als Stellvertreter Obamas gab sich Biden durchweg als Kriegsskeptiker.

Seine Position zu Militäreinsätzen spiegelt damit ziemlich genau die Zyklen, die das gesamte Land durchlief: in den 1970er und 1980er Jahren extreme Zurückhaltung infolge des Fiaskos in Vietnam, in den 1990ern vorsichtige Bereitschaft, völkerrechtliche und humanitäre Ziele mit Waffengewalt zu verfolgen, nach 9/11 unbeschränkte Ausübung amerikanischer Macht, um reale und angebliche Bedrohungen durch Terroristen und nach Massenvernichtungswaffen strebende Diktatoren auszuschalten, seit den späten 2000ern Desillusionierung über die Kosten und Erfolgsaussichten großangelegter Interventionen und ehrgeiziger Nationenbildung.

Neben dem Einsatz des Militärs war das andere zentrale außenpolitische Thema während Bidens politischer Karriere die globale Machtkonkurrenz – zunächst mit der Sowjetunion, seit einigen Jahren mit China. Auch in diesen Fragen bewegte er sich im Mainstream seiner Partei. Gegenüber Moskau unterstützte er weder den konfrontativen Kurs von Senator Henry Jackson, der den Krenn ökonomisch unter Druck setzen wollte, noch positionierte er sich auf der friedensbewegten Linken wie George McGovern, Präsidentschaftskandidat 1972, Jimmy Carter, Präsident von 1977 bis 1981, oder Walter Mondale, Präsidentschaftskandidat 1984. Vielmehr blieb er im breiten Rahmen des Kalten-Kriegs-Konsenses, der auf Eindämmung der Sowjetunion bei partieller Kooperation setzte.

Gegenüber China teilte Biden die längste Zeit die Mehrheitsmeinung der außenpolitischen Community, dass man das Land durch seine Integration in die Weltwirtschaft zu einem „verantwortlichen Anteilseigner“, so der Stellvertretende Außenminister Robert Zoellick 2005, an der von den Vereinigten Staaten etablierten internationalen Ordnung machen könne. Als Vizepräsident rühmte sich Biden, kein anderer westlicher Politiker habe mehr Zeit mit Chinas Staatschef Xi Jinping verbracht als er. Zugleich trug er Obamas Versuch mit, Peking mit der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) wirtschaftlich einzuhegen. Heute ist er auf Konfrontationskurs mit China, vor al-

lem wegen der brutalen Unterdrückung der Uiguren sowie der Demokratiebewegung in Hongkong.

Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch übte Biden oft den Spagat zwischen linkem und rechtem Flügel. Er war für Steuererhöhungen, aber nicht für die zwei Prozent der Superreichen. Er trat für ein liberales internationales Wirtschaftssystem und einen Abbau der Handelsbarrieren ein, stimmte jedoch gegen Freihandelsabkommen mit Chile, Singapur, Oman und der Dominikanischen Republik, weil er deren Sozial- und Umweltstandards für ungenügend erachtete. Als Senator 1986 initiierte er das erste Klimaschutzgesetz der Vereinigten Staaten, will den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe allerdings wirtschaftsfreundlich gestalten und Fracking auf Privatland nicht verbieten.

Biden unterstützte Reformen, die im Land lebenden papierlosen Migranten einen Weg zur Staatsbürgerschaft eröffnete, stimmte 2006 indes für das „Sichere-Zaun-Gesetz“, das den Bau einer Sperranlage entlang der Grenze zu Mexiko vorsah, und trug als Vizepräsident Obamas Massenabschiebung illegaler Einwanderer mit. Er will den Krankenversicherungsschutz ausweiten, aber kein rein staatliches Gesundheitssystem. Er verteidigt das Recht auf Waffenbesitz und besitzt selbst zwei Gewehre, setzte sich aber sein Leben lang für strenge Kontrollen und Auflagen ein. Er hielt die liberale Abtreibungsregelung durch den Supreme Court-Spruch in Roe vs. Wade 1973 für falsch und stimmte 1993 für ein Gesetz, das Schwangerschaftsabbrüche nach dem ersten Trimester verbot, sprach sich für die Todesstrafe, für ein hartes Vorgehen gegen Rauschgiftkriminalität und gegen die Freigabe von Marihuana aus – revidierte aber alle diese Positionen in den vergangenen zehn Jahren.

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit in seinen 36 Senatsjahren erzielte Biden 1987. Als Vorsitzender des Justizausschusses führte er den Kampf gegen Robert Bork an, den Ronald Reagan für eine Vakanz am Supreme Court nominiert hatte. Biden porträtierte Bork als konservativen Eiferer – was dieser ihm mit seinem undiplomatischen Auftreten erleichterte – und demonstrierte damit seine Bereitschaft, Richterernennungen zu politisieren. Am Ende verlor Bork die Abstimmung, und Biden feierte dies als einen der glorreichsten Momente seiner Laufbahn.

All diese Positionen weisen Biden als einen Politiker aus, der nach Kompromissen sucht, aber auch als einen Seismographen des ideologischen Drifts der Demokraten nach links. Er stand immer in der Mitte der Partei, egal, wo diese Mitte gerade lag. Das schien ihm eine gute Grundla-

ge, um nach der Nominierung als Präsidentschaftskandidat zu greifen. Die Rechnung ging zweimal nicht auf: Angesichts starker Mitbewerber wie Al Gore, Jesse Jackson oder Michael Dukakis 1987 und Barack Obama und Hillary Clinton 2008 sowie eigener Ausrutscher zeigte sich, dass er eine breite, doch keine tiefe Unterstützung in der Partei genoss. Biden fehlte eine eingeschworene demographische, gesellschaftliche oder politische Gruppe, die ihm bedingungslos zur Seite stand und ihn mit ihrem Enthusiasmus an die Spitze des Bewerberfelds hätte tragen können. Beide Kandidaturen endeten, bevor die Vorwahlen überhaupt richtig begonnen hatten.

Im dritten Anlauf 2019/20 drohte sich dieser Albtraum zu wiederholen: Bei der Vorwahl in Iowa wurde Biden Vierter, bei der folgenden in New Hampshire landete er mit 8,4 Prozent abgeschlagen auf Rang sechs. Seine Ambition auf Präsidentschaft schien auch im letzten Anlauf nicht in Erfüllung zu gehen. Dass er dennoch im Rennen blieb, schon bald von Erfolg zu Erfolg eilte und sich viel früher als Obama 2008 und Clinton 2016 die Delegationen sicherte, hatte zwei Ursachen: Erstens stellte sich diesmal die bei den Demokraten wichtige Gruppe der Schwarzen hinter ihn, weil sie ihn wegen seiner Zeit als Obamas Vize als dessen legitimen Erben ansah. „Wenn er gut genug war für Barack“, sagte eine ältere schwarze Dame einem Reporter ins Mikrofon, „dann ist er gut genug für mich.“ Zweitens: Donald Trumps überraschender Wahlsieg und seine spalterische Amtszeit haben die Demokraten so traumatisiert, dass sie nur eines wollen: den verhassten Präsidenten aus dem Weißen Haus jagen. Wenn es dafür den ältesten Kandidaten der Geschichte braucht, noch dazu einen weißen Mann, der als langatmiger Redner und lauer Wahlkämpfer bekannt ist – so be it.

Denn nur Biden bietet den Demokraten das, was sie am dringendsten für einen Sieg benötigen: Geschlossenheit. Er ist einer der letzten Vertreter einer Politikergeneration, der die heterogenen Parteigruppen zusammenbringen und zusammenhalten kann, die Schwarzen und die Hispanics, die Sozialisten und die Silicon-Valley-Technokraten, die Umweltschützer und die Industriearbeiter, die College-Kids und die Intellektuellen, die LGBT (Lesbian, gay, bisexual, transgender)-Gemeinde und die Feministinnen. Kandidaten wie Bernie Sanders, Elisabeth Warren und Pete Buttigieg sprechen dagegen nur einzelne Segmente an. Jetzt gereicht es Biden zum Vorteil, in seiner Karriere keine dieser Gruppen verprellt zu haben.

Biden ist ein Mann der Vergangenheit – von seinem Alter und seinen Lebenserfahrungen her. Aber es kann auch befrei-

end sein, nicht selbst die Zukunft verkörpern zu müssen, wie dies Obama tat. Biden sähe sich als Übergangspräsident, der vielleicht nur eine Amtszeit absolvierte und eine Brücke baute für die nächste Führungsgeneration der Demokratischen Partei. Seine Entscheidung für Kamala Harris als Vizepräsidentin war vor allem deshalb bemerkenswert, weil sie nicht bemerkenswert war. Harris ist Tochter eines Einwandererpaars, einer tamilisch-indischen Mutter und eines schwarzen Vaters aus Jamaika, hinduistisch-baptistisch aufgewachsen, promovierte Juristin, sie war Generalstaatsanwältin Kaliforniens und ist heute dessen Senatorin. Noch vor zwanzig Jahren wäre die Benennung einer farbigen Frau mit Migrationshintergrund als publicity stunt gesehen worden, als verzweifelter Versuch Bidens, Aufsehen zu erregen. Heute gilt Harris als die parteiintern sicherste Wahl, die er hatte treffen können – auch dies demonstriert den enormen demographischen und kulturellen Wandel bei den Demokraten.

Die Europäer würden Bidens Wahlsieg fast geschlossen bejubeln. Für sie gilt: ABT – Anybody but Trump (Jeder außer Trump). In der Tat dürfte sich das vergiftete transatlantische Verhältnis sofort atmosphärisch entspannen, verspricht Biden doch Kompetenz, Konsistenz und Integrität. Beim Klimaschutz, beim Atomabkommen mit Teheran und bei der Rüstungskontrolle mit Moskau könnten sich die Vereinigten Staaten unter ihm rasch auf europäische Positionen zubewegen.

In vielen Punkten dürfte der Unterschied zur Politik Trumps jedoch eher stilistisch als inhaltlich ausfallen. So rüpelhaft und erratisch dieser vier Jahre regierte, so fein war seine Witterung für die Stimmungslage großer Teile der Nation. Der Noch-Amtsinhaber hat den Protektionismus, die militärische Zurückhaltung, das Schuldenmachen, die Einwanderungsbeschränkung und die Konfrontation mit China salonfähig gemacht. Von diesem Erbe würde Biden nicht abrücken. Sein „Made in America“-Plan zum Beispiel erinnert stark an Trumps ökonomische Abschottungspolitik.

In einigen Fragen wäre Biden für China, Europa und Deutschland sogar ein zäherer Verhandlungspartner als Trump. Dessen Handelspoltererei endete oft in seichten, transaktionsorientierten Deals, die allein der Selbstglorifizierung dienten und kein Problem lösten. Unter Biden dürften „Buy American“-Regeln für alle staatlichen Stellen und eine großangelegte Industrieförderung die Wirtschaftspolitik dominieren – was gerade deutsche Exporteure hart trafe. Berlin wird sich noch lange ärgern, das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP unter Obama, dem wohl für lange Zeit letzten Freihändler im Weißen Haus, nicht unter Dach und Fach bekommen zu haben – auch durch eigenes Führungsversagen.

Beim Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben der Nato und der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2, zwei zentralen Kritikpunkten der Trump-Regierung, dürfte sich die Lage ebenfalls nicht beruhigen. Hier verfolgt Deutschland seit Jahren eine „Germany-First-Politik“, indem es eigene wahlaktische und wirtschaftliche Kalküle über die faire Lastenteilung in der Allianz und die Solidarität mit EU- und Nato-Partnern stellt. Das kritisierte schon Obama, das kritisiert Trump, das würde auch Biden kritisieren.

Bidens politische Karriere begann während des Vietnam-Kriegs, der bis dahin schlimmsten Krise der Vereinigten Staaten seit 1945. Sie kulminiert in der Covid-19-Pandemie, der größten gesundheitlichen und ökonomischen Katastrophe seit einem Dreivierteljahrhundert. Der Kontrast zu seinem Altersgenossen im Weißen Haus könnte in beiden Fällen nicht krasser ausfallen: Trump interessierte sich nicht für den Konflikt in Südostasien und verspottete später dessen Helden wie John McCain als „Verlierer“. Und die Corona-Gefahr verschlimmerte er durch eine Mischung aus Fahrlässigkeit, Realitätsverweigerung und Zynismus.

Der gravierendste Unterschied zwischen Trump und Biden liegt letztlich im Charakter. Trump, der im Alter von drei Jahren ein Jahreseinkommen von 200 000 Dollar bezog und mit acht Millionen war, erbeite ein riesiges Vermögen und blieb Zeig seines Lebens ein Mann-Kind: verzogen, impulsgetrieben, narzisstisch, oberflächlich, angeberisch. Biden dagegen, das Mittelklasse-Kid aus der Kohlestadt Scranton, stälten persönliche Tragödien: Als Stotterer wurde er von Mitschülern und Nonnen gehänselt; wenige Wochen nach seinem großen Wahltriumph 1972 kamen seine Frau und seine Tochter bei einem Autounfall ums Leben, seine beiden kleinen Söhne überlebten schwerverletzt; als 46-Jähriger erlitt er eine Gehirnblutung und erhielt als Katholik die letzte Ölung, sechs Monate fiel er als Senator aus; 2015 erlag sein Sohn Beau einem Tumor.

Im Gegensatz zum Amtsinhaber weiß Biden, dass das Leben nicht allein aus Penthouse-Protz, Miss-Universe-Galas und Reality-TV-Shows besteht. Seine Erziehung und seine Schicksalsschläge haben ihm etwas gegeben, was die vergangenen vier Jahre im Weißen Haus als unverzeihliche Schwäche galt: menschliche Tiefe, Mitgefühl, Anstand. Das sind nicht die schlechtesten Eigenschaften, um als 46. Präsident ein zerrissenes Amerika aus der Not zu führen.

Der Verfasser lehrt Internationale Politik und Atlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.